

Osttimor

Krieg und Frieden

Ein neues Abkommen schürt neue Hoffnung

von Alex Flor

In Gegenwart von UN-Generalsekretär Kofi Annan unterzeichneten am 5. Mai 1999 der indonesische Außenminister Ali Alatas und sein portugiesischer Amtskollege in New York ein Abkommen, das dem fast 24 Jahre andauernden leidvollen Konflikt um Ost-Timor ein Ende bereiten soll. Am 8. August dieses Jahres sollen die Einwohner Ost-Timors in einer freien Abstimmung darüber entscheiden, ob sie das Angebot einer weitgehenden Autonomie innerhalb des indonesischen Staatsverbandes annehmen oder aber in den Weg in die Unabhängigkeit antreten wollen.

Nach der Nelkenrevolution hatte Portugal die Inselhälfte am äußersten Zipfel des indonesischen Archipels, die zuvor fast 500 Jahre lang dem portugiesischen Kolonialreich angehörte, 1975 überstürzt verlassen. Die stramm anti-kommunistische Regierung Indonesiens unter General Suharto verstand es, dem Westen glaubhaft zu machen, daß sich Ost-Timor zu einem asiatischen Kuba entwickeln könnte — in Zeiten des Kalten Krieges und in unmittelbarer Folge des gerade verlorenen Krieges in Vietnam ein Argument, dem sich insbesondere die USA nicht widersetzen wollten. Indonesien konnte sich somit des stillschweigenden Einverständnisses der westlichen Welt sicher sein, als es 1975 Truppen in Ost-Timor einmarschieren ließ und das Gebiet wenige Zeit später zur 27. Provinz Indonesiens erklärte.

Mit unglaublicher Brutalität bekämpfte die Armee den Widerstand der nach Selbstbestimmung strebenden Ost-Timorese. Indonesiens Militäreinsätze beschränkten sich keineswegs auf die Bekämpfung der paar hundert in den Bergen operierenden Guerrilleros der Befreiungsbewegung. Vielmehr wurde systematisch die gesamte Zivilbevölkerung mit Gewalt und Terror überzogen. Ganze Landstriche wurden entvölkert und in sogenannte Wehrdörfer zwangsumgesiedelt, Ernten wurden vernichtet. Mindestens 200.000 Men-

schen — ein Drittel der damaligen Bevölkerung — kamen in den ersten Monaten der Besetzung bei Militäroperationen oder durch indirekte Kriegsfolgen wie Hunger und Seuchen ums Leben.

Keine Frage, daß es den Indonesiern, die ihre Anwesenheit gerne mit zweifelhaften Entwicklungserfolgen des rückständigen Gebietes zu rechtfertigen suchten, nie gelungen ist, »die Herzen der Ost-Timorese zu erreichen«, wie Friedensnobelpreisträger Bischof Belo es ausdrückte. Zwar hatten sich die Formen des Widerstandes im Laufe der Jahre verändert, doch der Ruf nach Selbstbestimmung von Seiten der Ost-Timorese blieb ebenso unverändert wie die militärische Repression von Seiten der Indonesier. International wurde die Annexion nie anerkannt.

Die jahrelangen Bemühungen der UN

Nach internationalem Recht gilt der Dekolonisierungsprozeß in Ost-Timor als unterbrochen, die ehemalige Kolonialmacht Portugal weiterhin als Verwaltungsmacht in Ost-Timor. Mehrere Resolutionen der UN-Generalversammlung sowie des UN-Sicherheitsrates, in denen der sofortige bedingungslose Rückzug der indonesischen Armee und die Gewährung des Selbstbestimmungs-

rechtes für Ost-Timor gefordert wurden, verhallen ungehört.

Seit 15 Jahren bemüht sich die UN in dem Konflikt zwischen Portugal und Indonesien zu vermitteln, doch alle Gespräche scheiterten an der Unbeweglichkeit der indonesischen Seite. Ungeachtet dessen wurden niemals Sanktionen gegen Indonesien verhängt. Im Gegenteil waren führende Industrienationen wie die USA, Großbritannien, Deutschland und andere jederzeit bereit, das indonesische Militär mit Waffen zu versorgen und Ausbildungshilfe zu leisten.

Der neue Schwung kam mit Suhartos Rücktritt

Erst der Rücktritt des indonesischen Präsidenten Suharto im Mai 1998 brachte Bewegung ins Geschehen. In mehreren Wellen wurden seit Mai 1998 Dutzende politische Gefangene aus Ost-Timor freigelassen. Ende Januar wurde der in Jakarta inhaftierte Widerstandsführer und Präsident des ost-timorensischen Nationalrates CNRT, Xanana Gusmão, dem eine wesentliche Rolle für die politische Zukunft Ost-Timors zugerechnet wird, aus dem Gefängnis in ein Privathaus verlegt, wo er — noch immer unter Hausarrest stehend —

Der Autor ist Mitarbeiter von Watch Indonesia

mit Politikern und Journalisten aus der ganzen Welt regen Kontakt pflegt.

Erstmals verspürten die Bewohner der Inselhälfte die vage Möglichkeit auf eine grundlegende Veränderung der politischen Zukunft Ost-Timors und machten regen Gebrauch von neu gewonnenen Freiheiten wie beispielsweise dem Recht auf Versammlung und dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Gleichwohl waren diese Freiheiten weniger einem entschlossenen Reformkurs der neuen Regierung Habibie zu verdanken, die erst nach Monaten begann, die gesetzlichen Grundlagen schrittweise zu erneuern, als vielmehr dem Macht- und Autoritätsverlust, den die staatlichen Behörden und das Militär nach Suhartos Rücktritt hinnehmen mußten.

Diese neuen Rahmenbedingungen beflügelten insbesondere ost-timoreische Studenten, aber auch Angehörige aller anderen gesellschaftlichen Schichten, ihrem Anliegen nach einer Überwindung der indonesischen Gewaltherrschaft in einem nie zuvor für möglich gehaltenen Ausmaß durch Demonstrationen und politische Seminare Ausdruck zu verschaffen. Das Klima der Offenheit ermöglichte erstmals das Zusammenkommen von Anhängern verschiedener politischer und gesellschaftlicher Strömungen in Ost-Timor selbst, um in einem nationalen Dialog Möglichkeiten für eine gerechte Staats- und Gesellschaftsordnung nach demokratischen Prinzipien zu erörtern.

Auch in Indonesien führte der politische Wandel zu signifikanten Veränderungen bezüglich der Meinungs- und Informationsfreiheit. Politiker, Nichtregierungsorganisationen und Medien informieren und diskutieren offen über aktuelle und vergangene Mißstände in Ost-Timor. Dennoch bedarf es zu einer umfassenden Aufklärung der indonesischen Gesellschaft über die wahren Hintergründe des Ost-Timor-Konfliktes noch erheblicher Anstrengungen.

Unter dem Druck der anhaltenden Wirtschaftskrise und zunehmender Abhängigkeit von Krediten aus dem Ausland befindlich, sieht sich die Regierung Habibies genötigt, politisches Wohlverhalten zu demonstrieren. Die Regierung ist sich seit langem bewußt, daß ihr internationales Ansehen unter dem Ost-Timor-Konflikt leidet. Die immensen

Belastungen des Staatshaushaltes, die für Ost-Timor aufgebracht werden müssen, und zunehmende soziale Disparitäten sowie die daraus resultierenden Probleme der inneren Sicherheit und Stabilität im indonesischen Kernland förderten die Bereitschaft der Regierung und des Militärs, sukzessive von ihrem kompromißlosen territorialen Anspruch auf Ost-Timor abzurücken. Erst Anfang dieses Jahres überraschte Präsident Habibie Freunde und Gegner mit der Äußerung, Ost-Timor möglicherweise in die Unabhängigkeit zu entlassen, wenn dies der Wille der dortigen Bevölkerung sei.

Dem pragmatischen Kurs Habibies entgegen steht jedoch die Befürchtung, eine Entlassung Ost-Timors in die Unabhängigkeit könnte den Beginn des Zerfalls der staatlichen Integrität der Republik Indonesien darstellen. Einflußreiche Kräfte in Regierung und Militär wie auch Persönlichkeiten der Oppositionsbewegung beharren daher auf der Wahrung des Status Quo. Der nun vorgelegte Vorschlag für eine weitreichende Autonomie Ost-Timors — möglicherweise im Rahmen einer generellen Stärkung föderalistischer Elemente in ganz Indonesien — ist Ausdruck der Suche nach einer vernunftgeprägten Kompromißlösung. Die Verfechter dieses Modells sind ausnahmslos in Kreisen der »Realpolitiker« und Intellektuellen zu suchen. Die Bevölke-

rung Ost-Timors reagiert jedoch mit Mißtrauen auf dieses Angebot und favorisiert die vollständige Loslösung von Jakarta.

Einige Militärs schüren Unruhen und das Mißtrauen der Bevölkerung

Bestimmte Kreise innerhalb des Militärs sind versucht, sämtliche Bestrebungen für eine friedliche Lösung des Konfliktes zu unterminieren, indem sie u.a. paramilitärische Truppen ausrüsten und gezielt Gewalt schüren, um somit einen Vorwand für den weiteren Verbleib indonesischer Truppen zu schaffen. Das Mißtrauen der Bevölkerung ist somit mehr als verständlich. Die Operationen der paramilitärischen Einheiten und des Militärs selbst sind dafür verantwortlich, daß sich die Menschenrechtsslage in Ost-Timor trotz der genannten Erleichterungen hinsichtlich der Versammlungs- und Meinungsfreiheit in keinster Weise verbessert hat.

Im Gegenteil haben Terror, Rechts- und Gesetzlosigkeit in Ost-Timor umso mehr zugenommen, desto weiter eine Verhandlungslösung über den zukünftigen politischen Status in die Nähe rückte. Am 5. und 6. April 1999 stürmten bewaffnete Milizen in Liquiça eine Kirche, in der viele Menschen Zuflucht vor dem



aus: FEER v. 3.9.1998, S. 22

Osttimoresische Studenten fordern Freiheit für Xanana Gusmão.

Terror der Banden gesucht hatten. Vermutlich 32 Personen wurden bei der Aktion auf grausamste Art und Weise umgebracht. Das indonesische Militär leistete dabei Schützenhilfe. Im Rahmen der von den Streitkräften neu ausgerufenen »Operation Clean-Up« wurden am 16. April in der Hauptstadt Dili Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung und ihr zugeordnete Einrichtungen angegriffen.

Die Todeslisten

Das Haus von Manuel Carrascalão, eines prominenten Mitgliedes des timoresischen Widerstandsrates, in dem sich eine große Zahl von Flüchtlingen aufhielt, wurde gestürmt und verwüstet. Manuel Carrascalãos Sohn sowie etliche weitere Personen wurden bei der Aktion umgebracht.

Es kursieren Todeslisten mit den Namen von Anhängern der Un-

abhängigkeitsbewegung. Die Redaktion der einzigen Tageszeitung Ost-Timors, *Suara Timor Timur*, wurde völlig zerstört. Erst letzte Woche konnte das Blatt wieder mit einer Notausgabe erscheinen. Der Einsatz der paramilitärischer Banden ist als Versuch der Streitkräfte zu werten, Präsident Habibies Vorstoß zu einer politischen Lösung des Ost-Timor Konflikt ins Leere laufen zu lassen, ohne sich selbst die Finger schmutzig zu machen. Weder die Regierung noch Polizei und Militär haben irgendwelche Anstrengungen unternommen, die terroristischen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung zu unterbinden. Militär und Polizeikräfte sehen tatenlos zu, wie die Banden mordend und brandschatzend durch die Straßen ziehen und stören sich offenbar auch kaum daran, daß Fernsehkameras internationaler Nachrichtensender wie BBC und CNN das Geschehen live in alle Welt senden können.

Das nun in New York unterzeichnete Abkommen sieht die Entwaffnung der pro-indonesischen Milizen sowie des bewaffneten Widerstandes vor. Mit dieser Aufgabe beauftragt wurde nicht, wie von den Ost-Timorese und zahlreichen Unterstützergruppen in aller Welt gefordert, eine internationale Ordnungsmacht, sondern ausgerechnet die indonesischen Sicherheitskräfte, denen lediglich 600 internationale »Berater« zur Seite gestellt werden. Das Militär zu beauftragen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, um somit den Boden für eine freie Abstimmung über Autonomie oder Unabhängigkeit zu schaffen, heißt eigentlich, den Bock zum Gärtner zu machen. Wirksamer wäre sicher gewesen, die indonesischen Streitkräfte aus Ost-Timor abzuziehen und damit den paramilitärischen Banden den Boden zu entziehen. Doch diese Maßnahme war im Rahmen einer Verhandlungslösung offenbar nicht durchsetzbar.

Dennoch ist das New Yorker Abkommen ein Erfolg, denn zum ersten Mal erkennt Indonesien damit die Resolutionen der Vereinten Nationen an, in denen die Besetzung Ost-Timors als illegal bezeichnet wurde. Indonesien verpflichtet sich, strikte Neutralität von Polizei und Militär in der nun beginnenden Übergangsphase zu gewährleisten. Indonesien verpflichtet sich auch für die am 8. August 1999 stattfindende Abstimmung internationale Beobachter zuzulassen.

Die Bereitschaft des Militärs Neutralität zu wahren, darf getrost bezweifelt werden. Was zählt ist jedoch die vertragliche Verpflichtung, die Indonesiens Außenminister mit seiner Unterschrift eingegangen ist. Nun ist es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, die strikte Einhaltung dieser Verpflichtung zu überwachen und notfalls auch zu Sanktionen gegen Indonesien bereit zu sein. Um dies zu gewährleisten bedarf es mehr denn je des öffentlichen Druckes auf die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Nur so kann erreicht werden, wovon die Bevölkerung Ost-Timors seit fast einem Vierteljahrhundert träumt: Frieden in Ost-Timor.

— Anzeige —

ENTWICKLUNGSETHNOLOGIE

**Zeitschrift
der Arbeitsgemeinschaft
Entwicklungsethnologie e.V.**

ISSN 0942-4466

Die Zeitschrift bietet ein kritisches Diskussionsforum für in der Entwicklungszusammenarbeit Tätige und WissenschaftlerInnen aus aller Welt. Im Spannungsfeld von Ethnologie und Entwicklung behandelt ENTWICKLUNGSETHNOLOGIE unter anderem folgende Themen:

- PARTIZIPATION / METHODEN
- BERICHTE AUS EZ-PROJEKTEN
- UMWELT / NACHHALTIGKEIT
- GENDER
- LOKALES WISSEN
- ETHISCHE RICHTLINIEN

Zum Thema »Entwicklungsethnologie: Kritische Bilanz und Perspektiven« sind zwei Themenhefte mit aktuellen Grundsatztexten lieferbar.

► 1998 herausgegeben von der AGEE: »Praxisführer: Lokales Wissen für nachhaltige Entwicklung«. Ein praxisorientiertes Handbuch für alle in der Entwicklungszusammenarbeit Tätigen.

AGEE e.V. · Postfach 300130 · 50771 Köln · Tel./Fax 0221-511773 · E-mail: AGEE@Koeln.Netsurf.de

Absender

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift »Entwicklungsethnologie« ab:

Datum _____

Jahresabo DM 36,- + Versandkosten
Halbjahreszeitschrift (ca. 150 S.); Einzelheft DM 24,-

Bitte senden Sie mir Informationen über bisher erschienene Ausgaben der Zeitschrift.

Bitte senden Sie mir Informationen über die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie.

Unterschrift _____

AGEE e.V. · Postfach 300130 · 50771 Köln
E-mail: AGEE@Koeln.Netsurf.de